



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Berlin, 18. April 2023

Souveränität aus eigener Stärke – Eckpfeiler einer neuen China-Politik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Koalitionsvertrag hatten die Ampelparteien vereinbart, eine „umfassende China-Strategie in Deutschland“ zu erarbeiten. Weder diese Ankündigung noch die für das erste Regierungsjahr ebenfalls vorgesehenen Vorlage einer umfassenden Nationalen Sicherheitsstrategie hat die Ampel bislang erfüllt.

Dass die Bundesregierung somit gegenwärtig **wortbrüchig**, mindestens aber erheblich im Verzug ist, hat erhebliche strategische Implikationen. In einer Zeit fundamentaler Umbrüche in der Welt bleibt die Bundesregierung in ihrer strategischen Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt. Vor allem finden aller Voraussicht nach die Beratungen des vorletzten Bundeshaushalts der laufenden Legislaturperiode statt, **ohne** dass sich die Ampel zuvor über ihre außen- und sicherheitspolitische **Prioritäten** und damit auch über eine notwendige Höherpriorisierung der Außen- und Sicherheitspolitik im gesamtstaatlichen Handeln einigen konnte. Obwohl dies dringend notwendig wäre und die proklamierte „Zeitenwende“ erst so tatsächlich umgesetzt würde. Daraus folgend ist besonders problematisch, dass dieses von der Ampel zu verantwortende strategische Vakuum bereits jetzt zu eklatanten **politischen Fehlentwicklungen** führt:

- Beispiel 1: Im Oktober 2022 erlaubte die Bundesregierung den **Einstieg des chinesischen Staatskonzerns Cosco beim Hamburger Hafenterminal Tollerort**. Obwohl sich in dieser Frage sowohl im Wirtschaftsausschuss über Koalitions- und Fraktionsgrenzen hinweg große Einigkeit zeigte als auch sechs Ministerien der Bundesregierung Bedenken gegen eine solche Beteiligung anmeldeten, agierte der Bundeskanzler als Handelsvertreter Hamburgs gegen nationale Sicherheitsinteressen und setzte die Beteiligung durch. Die erst jüngst durch das BSI erfolgte Einstufung des Terminals als kritische Infrastruktur bestätigt in aller Deutlichkeit, dass der Bundeskanzler eine falsche Entscheidung getroffen hat, die darauf hinauslief, bestehende Abhängigkeiten eher zu vergrößern als zu verringern.

Jens Spahn MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-79309
F 030. 227-76814

jens.spahn@bundestag.de
www.cducusu.de

Dr. Johann Wadepful MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-73367
F 030. 227-76384

johann.wadepful@bundestag.de
www.cducusu.de

- Beispiel 2: Im November 2022 reiste der Bundeskanzler **nach China, ohne mit einem europäischen Mandat ausgestattet zu sein oder von einem europäischen Partner** begleitet zu werden – und ohne in der Ampel Einigung über eine China-Strategie erzielt zu haben. Doch China-Reisen ohne eine China-Strategie verfehlen ihren Zweck. Erst recht stellen solche Reisen keinen guten Grund dafür dar, die Einigung über eine Strategie weiter zu blockieren. Wie wichtig aber gerade eine europäische Einigung in der China-Politik ist, hat die Reise Emmanuel Macrons und die darauffolgende Debatte gezeigt – in der sich die Bundesregierung überraschend wortkarg zeigte.
- Beispiel 3: Der Streit der Ampel über die China- wie auch die Nationale Sicherheitsstrategie hinterlässt, ähnlich wie in vielen anderen Bereichen, ein **Führungsvakuum in der Europäischen Union**. Diese Schwäche der Ampel hat sich nun der französische Präsident Macron zunutze gemacht. Zwar ist unstrittig, dass wir als Deutschland und Europa Abhängigkeiten von China reduzieren und souveräner werden müssen, für uns ist dabei aber klar: Eine effektive Politik in Bezug auf China funktioniert nur gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern, institutionell eingebettet u.a. in EU und NATO.

Aus all diesen Gründen legen wir als CDU/CSU, als konstruktive Opposition, nunmehr unsere Eckpfeiler einer China-Strategie vor. Wir senden damit ein Signal der Dringlichkeit und legen Elemente für eine Strategie vor, die unser nationales Interesse schützt. Wir verbinden dies mit dem **Angebot an die Regierungskoalition zu einem nationalen Konsens** über die Grenzen der demokratischen Parteien und Fraktionen hinweg (siehe Positionspaper: *I. Einleitung*). Die Frage des Umgangs mit China wird auf längere Sicht von hoher Bedeutung für Frieden, Stabilität und Wohlstand sein und braucht deswegen politische Kontinuität über einzelne Wahlperioden hinaus. Der politische Diskurs rund um den Fall des Hamburger Hafens hat gleichzeitig gezeigt, dass in chinapolitischen Fragen große Einigkeit besteht oder erzielbar ist.

Unsere Positionierung beruht auf der Annahme, dass sich die **Politik Chinas unter Präsident Xi Jinping** gegenüber bzw. mit Auswirkungen für Deutschland und Europa **erheblich gewandelt** hat (siehe *II. Kurzanalyse*). Das hat nicht zuletzt der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas gezeigt. Dieses veränderte strategische Umfeld muss zwingend zu einer Veränderung unserer eigenen strategischen Ausrichtung führen. Drei Grundgedanken, die das Fundament unserer strategischen Pfeiler bilden, möchten wir an dieser Stelle herausstellen:

- Unsere Strategie *ist keine Strategie gegen China*. Erst recht formulieren wir keine Strategie gegen die chinesische Bevölkerung. Bezugspunkt ist die

Politik der chinesischen Regierung, die Politik Xi Jinpings, die zunehmend vor allem die systemische Rivalität sucht und an uns heranträgt. Für uns gilt der von der EU 2019 festgestellte Dreiklang, nach dem China für Deutschland und Europa Partner, wirtschaftlicher Konkurrent und systemischer Rivale ist. Auch deswegen kann es nicht allein um eine China-Strategie gehen, wir brauchen vielmehr eine **Deutschland-Strategie**, ergänzt um eine Europa-Strategie: die zuhause beginnt, mit einer Agenda für technologische Souveränität und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Gerade im Bereich des Klimaschutzes etwa liegt die Fortsetzung unserer Partnerschaft mit China im gemeinsamen Interesse.

- Unsere Strategie zielt *nicht auf ein Decoupling* von China ab. Wir werden weiter mit China Handel treiben. Wir zielen auch nicht auf ein Ende der Globalisierung, die mit ihrer Arbeitsteilung Frieden und Wohlstand gemehrt hat, sondern auf eine Re-Globalisierung. Dies bedeutet, dass wir **Abhängigkeiten und Vulnerabilitäten** in kritischen oder besonders exponierten Bereichen **verringern** müssen, indem wir unseren Handel diversifizieren. Diese Strategie des De-Risking verfolgt das Ziel von mehr Handel mit mehr Partnern und damit die Maxime von Sicherheit durch und im Handel. Zur Umsetzung schlagen wir u.a. die **Durchführung eines jährlichen „China-Checks“** vor, mit dem dem Bundestag ein umfassender Bericht zu Abhängigkeiten und zur Betroffenheit kritischer Infrastruktur erstattet wird.
- Unsere Strategie steht *nicht für sich allein*, sondern muss stets europäisch eingebettet und mit unseren engen Partnern, v.a. den Vereinigten Staaten von Amerika, abgestimmt sein. Ansonsten bleibt sie weitestgehend wirkungslos. Denn China, Russland und andere stellen die bestehende regelbasierte internationale Ordnung immer offensiver infrage. Es ist **unser elementares Interesse, dieses internationale Ordnungssystem**, das uns Frieden, Freiheit, Wohlstand und den Schutz der Menschenrechte gebracht hat, das die Grundlage für unser deutsches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell bildet, **zu verteidigen und aufrecht zu erhalten**. Nur eine solche Ordnung kann das friedliche Zusammenleben von Völkern und Staaten garantieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir intensiver in Partnerschaften investieren, etwa in Asien, Afrika oder Lateinamerika. Dabei werden wir nicht nur mit unseren engsten demokratischen Wertepartnern zusammenarbeiten können. Konzepte wie „friend shoring“ oder „near shoring“ alleine greifen zu kurz. Vielmehr müssen wir die Zusammenarbeit mit all jenen Staaten suchen, mit denen wir geostrategische Interessen teilen und die zum Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung beitragen.

Mit dem nunmehr beschlossenen Positionspapier „Souveränität aus eigener Stärke – Eckpfeiler einer neuen China-Politik“ haben wir uns als CDU/CSU-Fraktion nach einem langen und intensiven Prozess chinapolitisch eindeutig positioniert. Wir nehmen so eine der wichtigsten geostrategischen und geökonomischen Herausforderungen an und ernst. Wir erwarten, dass dies auch die Bundesregierung tut. Die effektive Umsetzung einer neuen China-Politik erfordert dabei auch strukturelle Neuerungen in der Arbeit der Bundesregierung (siehe *III. 2. Strukturelle Veränderungen*).

Unser Dank gilt allen, die im Rahmen der Mitberatung zu dieser Positionierung beigetragen haben. Besonderer **Dank gilt den Mitgliedern der China-AG für die intensive Zusammenarbeit** bis hierhin. Die AG war von Beginn an von unserem Fraktionsvorsitzenden mit dem Auftrag ausgestattet, die Position der Fraktion zur Chinapolitik neu und Außen- und Wirtschaftspolitik dabei zusammen zu denken. Über das vergangene Jahr hat die AG diverse Fachgespräche mit Experten u.a. aus Unternehmen, Verbänden und Thinktanks geführt und darauf aufbauend Eckpunkte zum nun vorliegenden Positionspapier zusammengeführt und beraten. Besonders erkenntnisreich waren auch die Diskussionen im Rahmen des fraktionsinternen Fachgesprächs Mitte März. Gleichzeitig hat auf Initiative unseres Fraktionsdirektors und in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung auf Ebene der Fraktionsmitarbeiter ein Foresight-Prozess zu China stattgefunden. Die aus diesen Aktivitäten hervorgehende Positionierung bildet nun eine gute Grundlage für unsere weitere fachpolitische und parlamentarische Arbeit.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Johann Wadehul MdB



Jens Spahn MdB